

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Energiepolitik

Manfred Ritzek zu TOP 38:

Klimaschutzverpflichtungen sicher und wirtschaftlich erfüllen

Der Handel mit CO₂-Emissionsrechten innerhalb der EU ging Anfang März diesen Jahres an der Europäischen Energiebörse in Leipzig (EEX) an den Start.

Ziel des Emissionshandels ist es, die Klimaschutzverpflichtungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sicher und wirtschaftlich zu erfüllen. Generell sehen die Unternehmen den Weg positiv, wenn es natürlich auch Belastungen gibt. Alle wissen, dass Klimaschutz Geld kostet.

Die Wirkung dieses Systems ist einfach: Die Zuteilung der kostenlosen Zertifikate erfolgte auf der Basis der CO₂-Emissionen des Jahres 2002. Sind die Emissionen heute höher, z.B. wegen gesteigerter Produktion, dann müssen Papiere zugekauft werden. Die Alternative wäre, den CO₂-Ausstoß durch Modernisierung der Anlagen zu reduzieren. Das muss das Ziel sein.

Im Jahre 1997 haben sich im Abschlussprotokoll der Konferenz von Kyoto 38 Industriestaaten verpflichtet, ihre Emissionen von Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 % unter den Wert von 1990 zu senken. Deutschland verpflichtete sich, sogar eine Reduktion von 21 % zu erreichen. Von diesem deutschen Ziel sind bereits 19 % in den ersten 90-iger Jahren erreicht worden, dies aber vornehmlich wegen des Zusammenbruchs der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wende und der Stilllegung stark umweltverschmutzender und überalterter Produktionstechnologie.

Machen wir uns einmal bewusst, welche Mengen an CO₂ das sind: Die Vereinigten Staaten schleudern jedes Jahr etwa 5,6 Milliarden Tonnen CO₂ aus, China 4,1 Milliarden, Russland 1,5 Milliarden und Deutschland mit knapp 0,84 Milliarden Tonnen auch noch 3,6 % der Weltmenge.

Zu den 136 Staaten, die dem Kyoto-Vertrag mittlerweile beigetreten sind, gehören leider nicht die USA und China – die zwei größten CO₂-Produzenten. Das halte ich für unverantwortlich, wird doch Kohlendioxid etwa zur Hälfte für den menschengemachten Treibhauseffekt mit allen seinen Folgen verantwortlich gemacht.

Von bundesweit 1849 Anlagen sind in Schleswig-Holstein 54 Anlagen beteiligt mit einer durchschnittlichen Zertifikatsmenge für 7,57 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr, das entspricht 2,9 % der gesamten Ausstoßmenge der Bundesrepublik.

Es war gut und richtig, diesen Bericht von der Landesregierung jetzt anzufordern.

Der Bericht ist sehr inhaltsreich. Die Klarheit der Ausführungen durch den Minister waren eine sehr gute Ergänzung zu diesem Bericht. Es ist ein Neuanfang zu einem neuen Thema, das auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Erstellung beschäftigt waren, herausgefordert hat. Für die Erarbeitung dieses ersten Berichtes möchte ich dem Minister und seinem Mitarbeitern meinen großen Dank aussprechen.

Der Bericht behandelt die vom Landtag gestellten Fragen umfassend, mit vielen Details, Begriffen, Fachaussagen. Er zeigt Verpflichtungen der Unternehmen gegenüber der EU auf. Er bewertet Entwicklungen und Belastungen für unsere Unternehmen mit den richtigen Konsequenzen zur Einflussnahme der Landesregierung für die zukünftige Zuteilung der Zertifikate. Und das ist sehr zu begrüßen. Die Landesregierung bewertet den hohen Verwaltungsaufwand für kleine Anlagen mit sehr geringem CO₂-Ausstoß sehr kritisch. So kann dieser Aufwand für mittelgroße Unternehmen mehr als 60.000 € pro Jahr ausmachen.

Zu unterstützen ist deshalb die Überlegung der Landesregierung, für die zweite Handelsperiode von 2008 bis 2012 eine Untergrenze einzuziehen, unterhalb der Unternehmen nicht mehr am Emissionshandel teilnehmen müssen. Bundesweit müssten bei einer Mindestgrenze von 25.000 t Kohlendioxyd etwa 53 % der Anlagen nicht mehr am Emissionshandel teilnehmen, was aber nur 1,9 % der derzeit vom Emissionshandel erfassten CO₂-Emissionen ausmachen würde.

Die Landesregierung schlägt für Schleswig-Holstein vor, Unternehmen mit einem CO₂-Ausstoß unterhalb von 10.000 T pro Jahr nicht mehr mit dieser Emissionshandelsregelung zu belasten. Das ist zu rechtfertigen, zu begrüßen und zu unterstützen, da dann etwa 50 % der Unternehmen von den jetzt Betroffenen in Schleswig-Holstein, und das sind ja alles Mittelständler, freigestellt werden.

Das würde die Wirksamkeit dieses Instruments kaum beeinflussen, denn nur etwa 1 % der bisher erfassten CO₂-Emissionen würden herausfallen. Gemäß der Forderung, dass der Emissionshandel auch wirtschaftlich sein muss, wäre eine Entscheidung solcher Mengengrenzungen für Kleinanlagen zu begrüßen. Dafür sollten wir uns einsetzen.

Kritisch, und darauf weist auch die Landesregierung hin, wäre eine Strompreiserhöhung der Stromversorger wegen ihrer Zukaufkosten von Zertifikaten. Nur etwa 7 %, so die Schätzung, der zusätzlichen Emissionsrechte müssen zugekauft werden. Das muss von den Stromunternehmen auf anderer Stelle eingespart werden können, so meine Überzeugung. Die Landesregierung wird, so wie sie im Bericht sagt, gemeinsam mit der Innovationsstiftung, der IHK und den Unternehmensverbänden das Beratungs- und Informationsangebot für Schleswig-Holsteinische Unternehmen und für die Öffentlichkeit fortsetzen. Das ist sehr positiv zu bewerten. Auch wir im Parlament erwarten und wünschen weiterhin eine regelmäßige Berichterstattung zu diesem Thema.

Ich bitte um Überweisung in den Wirtschaftsausschuss, begleitend in den Umweltausschuss.